



1999/04 Antifa

<https://shop.jungle.world/artikel/1999/04/neue-solidaritaet-fuer-clinton>

Neue Solidarität für Clinton

Von **Andreas Speit**

Die "Bürgerrechtsbewegung Solidarität" macht gegen "britisch-jüdische Verschwörung" mobil

Helga Zepp-LaRouche ist eine Frau, die sich keine falsche Zurückhaltung nachsagen lassen will. "Helfen Sie mit, den Putsch gegen Präsident Clinton zu vereiteln! Ihr Leben hängt davon ab." Daß sich die Bundesvorsitzende der deutschen Bürgerrechtsbewegung Solidarität (BüSo) ernsthaft um die Zukunft ihrer Mitmenschen sorgt, hat einen einfachen Grund: Die Frau mit dem etwas außergewöhnlichen Namen will die Anführer im Kampf gegen den US-amerikanischen Präsidenten und seine sexuellen Vorlieben als Teil einer "britisch-jüdischen Verschwörung" enttarnen.

Seit Anfang Januar agitiert die Ehefrau des Millionärs Lyndon H. LaRouche deutsche und US-Bürger in einem offenen Appell. "Alle Vorwürfe sind (...) an den Haaren herbeigezogen. Am Anfang stand eine britische Geheimdienstoperation des Schreiberlings Ambrose Evans-Pritchard", informiert die BüSo-Chefin, dessen "dunkle Machenschaften" den "Whitewater-Skandal" auslösten, der in den "Paula-Jones-Skandal" überging, welcher in den "Lewinsky-Skandal" mündete.

Im Hintergrund dieser Armada von Skandalen, mit denen William Clinton an den Kragen gegangen werden soll, steht für Zepp-LaRouche "die internationale Finanzoligarchie und ihre 'fünfte Kolonne'" in US-Präsidentenhaus und Senat, die aus der "amerikanischen Republik" eine "englische Kolonie" machen wolle. Freilich gefährden die Verschwörer nicht nur die Vereinigten Staaten, sondern die ganze Welt.

"Wir steuern geradezu auf einen Atomkrieg zu", versichert sie. "Nachdem der auf's Bombenwerfen versessene britische Premierminister Tony Blair und der Einflußagent der Republikaner, Al Gore, die Bombardierung des Iraks anzettelten, (...) könnte der Einsatz israelischer Atomwaffen" einen Atomkrieg auslösen. Es wäre nicht das erste Mal, daß diese "unheilvollen Kräfte" wirken würden. "Al Gore, ein enger Freund Tony Blairs", sei "de facto ein Agent der gleichen Kräfte (...), die Hitler an die Macht brachten".

Verwunderlich, daß die BüSo-Vorsitzende ausgerechnet die Nationalsozialisten herbeizitiert, um sich gegen "unheilvolle Kräfte" in Szene zu setzen. Schließlich arbeitet das Ehepaar LaRouche beständig selbst an einem braunen Netzwerk. Im November 1992 gründete Frau Zepp-LaRouche die BüSo als Nachfolgepartei der "Patrioten für Deutschland". Die rund 700 Mitglieder der in

Mainz ansässigen Organisation sind fest in die "LaRouche-Connection" eingebunden.

Im Laufe mehrerer Jahre hat das Paar ein multinationales Geflecht von Verlagen und Institutionen aufgebaut. Mit dabei: die 1974 ins Leben gerufene Europäische Arbeiterpartei (EAP). Beziehungen bestehen auch zum Ku-Klux-Klan und zum Kroatischen Nationalrat.

Über das Hauptorgan der LaRouche-Parteien, die Neue Solidarität, für das eine Gabriele Liebig verantwortlich zeichnet, wird wöchentlich Lyndon H. LaRouches ökonomische "Patentlösung" propagiert. Und die trägt eine eindeutige Handschrift: Mit "harter Hand" müsse durchgegriffen und zwischen "schaffendem und raffendem Kapital" unterschieden werden.

An Äußerlichkeiten will sich LaRouche hier nicht aufhalten: "Es ist nicht notwendig, braune Hemden zu tragen, um Faschist zu sein (...). Es ist nicht notwendig, ein Hakenkreuz zu tragen, um ein Faschist zu sein (...). Es ist nicht notwendig, sich selbst Faschist zu nennen, um einer zu sein. Es ist einfach notwendig, einer zu sein!"

Beim BüSo ist man derweil mit bescheideneren Aufgaben beschäftigt. In den USA und in Deutschland sammelt die Partei Unterschriften für Clinton. "Wir versichern Ihnen, Herr Präsident, unsere volle Unterstützung", verkündet die Organisation und fordert, "endlich" den "hochgeschätzten" LaRouche zum Wirtschaftsberater von Clintons Administration zu ernennen. "Die Unterschriftenaktion ist ein großer Erfolg", möchte eine Sprecherin der Bundesgeschäftsführung Glauben machen: "Wir bekommen von überall her sehr viel Zuspruch. Voraussichtlich werden wir 150 000 Unterschriften sammeln". Voraussichtlich. Wann die Listen im Weißen Haus eingereicht werden sollen, konnte sie nicht sagen.